

Neoliberalismus, Globalisierung, Sozialabbau

Gedanken zu „bösen“ Wörtern und was dahinter steckt

Von Dieter Grillmayer

Nach BROCKHAUS wollen Kommunisten und demokratische Sozialisten gleichermaßen eine auf Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit beruhende („sozialistische“) Gesellschaft verwirklichen und stehen dabei der auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaftsweise des Kapitalismus kritisch bis ablehnend gegenüber.

Unterschiedlich ist (nach BROCKHAUS) nur der Weg: Während Sozialdemokraten das Ziel auf demokratischem Weg und evolutionär erreichen wollen, scheuen die Kommunisten auch die („proletarische“) Revolution nicht und haben dafür ja auch Beispiele geliefert. Darum wissen wir heute über die Lebensqualität im „realen Sozialismus“ gut Bescheid. Daher überrascht es, dass das offenbar nicht menschengerechte Konzept noch immer Anhänger hat.

Solche Konzepte bedürfen zu ihrer Verwirklichung einer starken Ordnungsmacht, des Großen Bruders, der den Menschen vorschreibt, was zu ihrem Wohl ist, und der sie notfalls auch zu ihrem Glück zwingen kann. Daher bedarf Sozialismus zu seiner Verwirklichung und Aufrechterhaltung eines starken und dirigistisch in nahezu alle Lebensbereiche seiner Bürger eingreifenden Staates.

In direktem Gegensatz dazu ist Liberalismus jene politische Philosophie, für die der Weg beim Gehen entsteht und ein konkretes Endziel nicht definiert ist, und welche die Entwicklung der Gesellschaft im Rahmen einer verbindlichen Mindestgesetzgebung dem freien Spiel der Kräfte überlässt. Politischer Liberalismus hält sich daher an den Leitspruch *„Soviel Staat als nötig, soviel Freiheit als möglich“*.

Liberale Politik, die in Österreich aus historischen Gründen lieber „freiheitlich“ genannt wird, geht vom Bild des mündigen Bürgers der Aufklärung aus, der sein Leben selber in die Hand nimmt und nicht gängelt werden will.

Das liberale Konzept hat sich vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik als höchst erfolgreich erwiesen. Man kann das ebenso als Marktwirtschaft bezeichnen wie als Kapitalismus. Seit einigen Jahren ist dazu (abwertend) auch das Wort „Neoliberalismus“ dazugekommen, wobei mir vor allem nicht klar ist, was daran „neo“ sein soll. Der 1899 in Wien geborene Friedrich von Hayek, ein radikaler Wirtschaftsliberaler, hat schon 1974 dafür den Ökonomie-Nobelpreis bekommen.

Auch die deutsche Freiheits- und Einigungsbewegung basiert auf den Grundsätzen des politischen Liberalismus, wie etwa aus folgender Anleitung F. L. Jahns hervorgeht: *„Die höchste Weisheit einer Regierung besteht immer noch darin, so wenig als möglich zu regieren und dem Volke alles zu überlassen, was es selbst besser zu seinem Besten leitet und waltet“* („Merke zum deutschen Volkstum“ Hildburghausen 1834.)

Wer sein politisches Selbstverständnis aus dieser Tradition ableitet, für den kann es zum kapitalistischen Wirtschaften keine Alternative geben. Die Einschränkung der unternehmerischen Freiheit ist aber dort gerechtfertigt, wo Missbrauch getrieben wird und neue Abhängigkeiten zu entstehen drohen. Wer einen freien Markt mit einer Rahmengesetzgebung, die solche Auswüchse abwehrt, befürwortet, der ist also noch immer ein Liberaler. Bei Leuten, die von sozialer Marktwirtschaft reden und dabei Umverteilung im Sinn haben, ist das hingegen nicht der Fall.

Der Mittelweg zwischen privatem und staatlichem Unternehmertum, zwischen Markt- und Planwirtschaft, wie er in Österreich jahrzehntelang versucht worden ist, hat viel Steuergeld verschlungen und letztlich Arbeitsplätze, die nicht vom Bedarf, also vom Markt, getragen wurden, auch nicht retten kön-

nen. Wo Eigentümer-Interessen nicht wahrgenommen werden, geht es wirtschaftlich schief, was etwa durch die Konsumpleite eindrucksvoll demonstriert worden ist.

Ein Mittelweg der anderen Art wird allerdings derzeit vom kommunistischen China mit großem wirtschaftlichem Erfolg vorgeführt. Dort findet Marktwirtschaft pur unter Aufsicht der KPCh statt, die zwar keine legislativen Grenzen zieht, dafür aber jedem Chinesen abverlangt, sich in den Dienst der Volksgemeinschaft zu stellen, zur höheren Ehre der Nation, ihrer wirtschaftlichen Erfolge und ihres internationalen Einflusses. Das zwingt die Arbeitgeber zur Großzügigkeit und die Arbeitnehmer zu bedingungsloser Gefolgschaft. Für Oppositionelle oder Gewerkschaften ist in diesem System allerdings kein Platz. Parallelen zum Nationalsozialismus sind unverkennbar.

Die globale Vernetzung und die neue Konkurrenz sorgen in der westlichen Welt für Probleme und Ratlosigkeit. Gerhard Bruckmann hat mir gegenüber die damals noch nicht so genannte „Globalisierung“ schon vor Jahrzehnten als ebenso logischen wie letztmöglichen Schritt in einer Entwicklungsreihe bezeichnet, deren Anfang mit dem Übergang von der Autarkie der Höhlenmenschen zum Wirtschaftsraum der dörflichen Gemeinschaft gemacht worden ist. Blauäugig ist es jedenfalls, auf globale Vereinbarungen gegen den globalen Wettbewerb zu hoffen oder nationale Zollschränken wieder aufbauen zu wollen. Sinn macht in dieser Situation nur, auf die eigenen Kräfte zu vertrauen und die eigenen Anstrengungen zu verstärken. Das gilt für jeden Einzelnen genau so wie für die gesamte Volkswirtschaft.

Dabei kommt der Bildungspolitik eine Schlüsselrolle zu. In ihrer Bedeutung weithin unterschätzt, werden Bildungsfragen derzeit nur höchst unzulänglich abgehandelt. Die Politik sollte Bildung als dringende Voraussetzung für ein sinnerfülltes Leben offensiv bewerben, statt alles, was daran nicht „praxisorientiert“ ist, kleinzureden. Die schulische Erziehung sollte auf das Leben in einer globalen Wettbewerbsgesellschaft ebenso vorbereiten wie auf die dem Kapitalismus innewohnende Gefahr, seine Prioritäten zum Maß aller Dinge zu machen. Bildung erschließt den Zugang zu den immateriellen Gütern des Lebens ebenso wie sie zum freiwilligen Konsumverzicht befähigt, was dem Kapitalismus besser die Zügel anlegen würde als verbale Verurteilungen bei gleichzeitig angepasstem Verhalten.

Ein ebenfalls von der Aufklärung geprägter Begriff ist die Menschenwürde, die den Schutz der Minderheiten und Schwachen einfordert und auch ihnen ein „menschenwürdiges Leben“ zubilligt. Darauf gründet liberale Sozialpolitik. In bewusstem Gegensatz zum Sozialismus zielt diese nicht auf einen durch Umverteilung finanzierten Sozialstaat, sondern vor allem auf Hilfe zur Selbsthilfe ab und bescheidet sich im übrigen damit, das soziale Netz auf niedrigem Niveau zu spannen, dort allerdings lückenlos.

Diesen Prämissen entspräche etwa eine staatliche Pension lediglich als Grundversorgung und zu niedrigen Gebühren. Demgegenüber leistet das österr. Pensionssystem im Regelfall erheblich mehr und zu erheblich höheren Kosten. Aber natürlich kann man eine bestehende Einrichtung mit redlich erworbenen Ansprüchen nicht grundlegend ändern, was durch die jüngste Pensionsreform ja auch nicht geschehen ist.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind von (der Unterdrückung in Europa überdrüssigen) Freigeistern gegründet und groß gemacht worden, darunter über 500.000 deutsche Auswanderer in der Zeit des Vormärz (1819 bis 1848). Gegen diese liberale Tradition hatte der Sozialismus niemals eine Chance. Mag sein, dass aus unserer (europäischen) Sicht der sozialpolitische Ansatz des Liberalismus in den USA unterentwickelt ist. Dafür hat das Bürger-Engagement in zivilen sozialen Einrichtungen einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert und einen Umfang, von dem wir in Europa nur träumen können.

Demgegenüber muss der Liberale in nahezu allen entwickelten Staaten Europas eine Übersozialisierung feststellen, welche die Lebenstüchtigkeit der Menschen bis zur Sinnkrise beeinträchtigt, was unter

anderem auch die Geburtenraten dramatisch gedrückt hat. Nicht zuletzt ist diese Übersozialisierung auch für das Schuldenmachen auf Kosten der (ohnehin ausgedünnten) nachfolgenden Generationen verantwortlich. In diesem Sinne ist ein maßvoller „Sozialabbau“ also nicht nur notwendig, um die staatlichen Budgets in den Griff zu bekommen, sondern sollte sich auch durchaus positiv auf das Leben der Menschen in Freiheit und Verantwortung auswirken.